STADT | TORNESCH

Niederschrift

Gremium:	Finanzausschuss		
Sitzungsnummer:	**FA 13/65**	**Sitzungsdatum:**	**23.10.2013**
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	20:42 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7		

Anwesenheit:

Anwesende Mitglieder

Sitzungsleitung

Herr Joachim Reetz - CDU Tornesch	Ausschussvorsitzender	

Gremienmitglieder

Herr Klaus Früchtenicht - SPD Tornesch	Ausschussmitglied	
Herr Manfred Fäcke - SPD Tornesch	Ausschussmitglied	
Herr Manfred Mörker - SPD Tornesch	Ausschussmitglied	
Frau Heide-Marie Plambeck - CDU Tornesch	Ausschussmitglied	
Herr Artur Rieck - SPD Tornesch	Ausschussmitglied	
Herr Peter Schley - SPD Tornesch	Ausschussmitglied	
Herr Frank Schöndienst - FDP Tornesch	Ausschussmitglied (bgl.)	
Herr Henry Stümer - CDU Tornesch	Ausschussmitglied	Vertretung für: Herrn Nürnberg, Reinhard

Verwaltung

Herr Roland Krügel - Bgm. Tornesch	Bürgermeister
Frau Marion Grün - Verwaltung Tornesch	Amtsleiterin
Herr Torsten Kopper - Verwaltung Tornesch	Amtsleiter
Herr Jörg-Andreas Rechter - Verwaltung Tornesch	Verwaltungsmitarbeiter
Frau Inga Ries - Verwaltung Tornesch	Büroleiterin
Frau Joana Kunkel - Verwaltung Tornesch	Protokollführerin

Entschuldigte Mitglieder

Gremienmitglieder

Herr Reinhard Nürnberg - CDU Tornesch	Ausschussmitglied (bgl.)	entschuldigt

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.09.2013	
4	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
5	Antrag der FDP-Fraktion zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Hauptsatzung der Stadt Tornesch	
6	Bericht der Verwaltung zum Umstieg auf die Doppik; hier: u.a. Vorstellung der doppischen Produkte sowie Abgleich auf die "wesentlichen" Produkte des doppischen Haushaltsplans 2014	**VO/13/722**

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:
Der Vorsitzende Reetz eröffnet die Sitzung um 19.30 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung fest. Zum Antrag der FDP-Fraktion gibt er bekannt, dass dieser rechtzeitig bei ihm eingegangen sei. Er schlägt vor, diesen als TOP 5 auf die Tagesordnung zu setzen. Dadurch verschieben sich die bisherigen TOP 5 und 6 um eine Position nach hinten.
RH Rieck wünscht, den TOP „Beratung und Beschlussfassung über den Erlass einer Hebesatzsatzung für das Jahr 2014 und Folgejahre“ von der Tagesordnung zu nehmen und diesen erst nach den Haushaltsberatungen Ende November erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Dadurch entfällt der TOP 7. Hierzu werden keine Einwendungen erhoben.
RH Fäcke fragt nach, ob die 14-Tages-Frist des Antrags der FDP eingehalten wurde, da der Antrag auf den 15. Oktober datiert sei. RH Reetz erwidert, dass er vorab mündlich informiert und die Frist somit eingehalten wurde. RH Fäcke schlägt vor, die Geschäftsordnung dahingehend zu ändern, dass zukünftig Anträge nur noch schriftlich beim Vorsitzenden einzureichen sind. Dieser Aspekt soll in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses beraten werden.
Im Anschluss lässt RH Reetz über die geänderte Tagesordnung abstimmen.

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsverlauf:
Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.09.2013

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:
Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben. Somit gilt diese als genehmigt.

TOP 4 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Beratungsverlauf:
Es liegen keine Anfragen vor.

TOP 5 Antrag der FDP-Fraktion zur Aufnahme einer Schuldenbremse in die Hauptsatzung der Stadt Tornesch

Beschluss:
„Die Stadt Tornesch und ihre Eigenbetriebe frieren für das Haushaltsjahr 2014 die Höhe ihrer Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ein (Stichtag 31.12.2013). Ab dem Haushaltsjahr 2015 ist die Ratsversammlung verpflichtet, bis zum Haushaltsjahr 2025 diese Kreditverbindlichkeiten in Summe auf Null zurückzuführen."

Abstimmungsergebnis:		
0 Ja-Stimmen	0 Nein-Stimmen	0 Enthaltungen

Beratungsverlauf:
Bgl. Mitglied Schöndienst erläutert den von der FDP-Fraktion gestellten Antrag. In seiner Begründung betont er die Investitionen in die kommunale Infrastruktur der letzten Jahre. Zwar sei dadurch die Attraktivität der Stadt gestiegen, dies habe jedoch steigende Verbindlichkeiten und somit Belastungen für Bürger und Gewerbebetriebe zur Folge. Lediglich aufgrund der derzeitigen Niedrigzinsphase könnten die Kosten getragen werden. Je nach konjunktureller Lage sollte daher die Tilgung der Verbindlichkeiten angepasst werden. Somit folge man der Schuldenbremse des Landes Schleswig-Holstein.
Zudem reduziere sich durch Verpflichtungen von Bund und Land sowie Mindereinnahmen des Finanzausgleichs der gestalterische Freiraum. Dieses Problem lasse sich nicht nachhaltig durch die Erhöhung von Abgaben lösen und sei schädlich für das Gemeinwohl und die Attraktivität der Stadt.
Aus diesen Gründen, so bgl. Mitglied Schöndienst, sei die Verankerung einer Verschuldungsbremse in der Hauptsatzung der Stadt Tornesch erforderlich, um auch künftige politische Mehrheiten daran zu binden.

RH Fäcke erinnert an die vor etwa einem Jahr gefasste Investitionsbremse, der alle außer der FDP zugestimmt hätten. Er verstehe zudem nicht, weshalb die FDP in der vergangenen Zeit Beschlüssen zu investiven Maßnahmen und folglich neuen Kreditaufnahmen zugestimmt habe. Auch wisse er nicht, woher die finanziellen Mittel für eine schnellere Tilgung genommen werden sollen.

Bgl. Mitglied Schöndienst erwidert, dass eine Neuverschuldung nicht verboten werde, sofern der Schuldenabbau innerhalb der Frist erfolge. Eine Investitionsbremse halte er für das falsche Instrument. Zum Schuldenabbau müssten Rücklagen gebildet werden.
RH Fäcke ist der Ansicht, dass Investitionen erwirtschaftet werden müssen. Zudem falle bei vorzeitiger Tilgung eine Vorfälligkeitsentschädigung an, dadurch stiegen die Kosten sogar. Außerdem müsse man die Umstellung auf Doppik und die Bilanz abwarten, bevor weitere Entscheidungen getroffen werden könnten.
Bgl. Mitglied Schöndienst schließt sich an, dass bestehende Kreditverträge berücksichtigt werden müssen. Vielmehr gehe es um den politischen Willen, mit der Schuldenreduzierung anzufangen.
RH Stümer teilt diese Meinung, dass eine Neuverschuldung nicht verhindert und der Schuldenabbau vorangetrieben werden müsse. Hierfür sei eine Zielsetzung sowie eine Deckelung der Schulden erforderlich.
Bgm. Krügel teilt mit, er halte es für rechtswidrig, die von der FDP vorgeschlagene Regelung in die Hauptsatzung aufzunehmen. Lediglich in einer Präambel könnte solch ein Aspekt aufgenommen werden. Der Stadt würden dadurch ihre Handlungsmöglichkeiten entzogen werden. Im Haushalt seien zudem keine zusätzlichen Mittel vorhanden, um Schulden zu tilgen.
RH Rieck stellt fest, dass die Investitionen der letzten Jahre ihren Erfolg in der Erweiterung von Neubaugebieten und der Steigerung an Gewerbebetrieben widerspiegeln. Die mit der Doppik aufgestellte Bilanz und die Abschreibungen fehlen noch zur Beurteilung, erst dann könne man sich Gedanken über solche Verpflichtung machen.
Die Aussage von Bgm. Krügel erschüttere das bgl. Mitglied Schöndienst. Er sei nicht gegen neue Projekte, jedoch sei die Gefahr der niedrigen Zinssätze nicht zu unterschätzen. Zudem verstehe er nicht, dass trotz deutlich gestiegener Gewerbesteuer der letzten Jahre kein Geld zum Schuldenabbau übrig sei.
RH Früchtenicht erinnert daran, dass die Kreditverträge auch bei wechselnden politischen Verhältnissen bestehen bleiben und eine Verankerung in der Hauptsatzung nicht sinnvoll sei.
RH Reetz fasst zusammen, dass der Abbau von Schulden ein gemeinsames Ziel sei, er dem Antrag in derzeitiger Form jedoch nicht zustimmen könne.
Der Vorschlag von RH Fäcke, den überarbeiteten Antrag zum Ende des Jahres 2014 erneut auf die Tagesordnung zu setzen, findet allgemeine Zustimmung der SPD und der CDU.
Die Verwaltung weist darauf hin, dass die Aufnahme in die Hauptsatzung in Rücksprache mit der Kommunalaufsicht nicht möglich sei, da sich deren Inhalte nach der Gemeindeordnung richten und derartige Angelegenheiten nicht vorgesehen seien.
Bgl. Mitglied Schöndienst zieht den Antrag zurück und stimmt zu, diesen zu überarbeiten und im Frühjahr 2014 mit der Verwaltung mögliche Szenarien zur Schuldenreduzierung zu entwickeln.

TOP 6	**Bericht der Verwaltung zum Umstieg auf die Doppik; hier: u.a. Vorstellung der doppischen Produkte sowie Abgleich auf die "wesentlichen" Produkte des doppischen Haushaltsplans 2014**

Beratungsverlauf:
Die Verwaltung erläutert die Vorlage zum Umstieg auf die Doppik.
Ein Problem stelle zukünftig das hohe Papieraufkommen dar. Alle Teilhaushalte zusammen würden 600 Seiten ergeben. Da dies sehr umfangreich ist, könne eine Kurzform in Form des Gesamtproduktplans mit 30 Seiten erstellt werden. Am Ende wären die Erläuterungen aufgeführt. Die komprimierte Fassung wäre für die Beratung zwar besser geeignet, es fehle jedoch die Tiefe der Information. RH Stümer schlägt vor, dass die Kurzfassung in Papierform bzw. elektronisch und die umfassende Version nur in elektronischer Form versendet werde.

So können bei Bedarf die einzelnen Produktkonten eingesehen werden. Dieser Vorschlag findet allgemeine Zustimmung.
Bgl. Mitglied Schöndienst fragt nach, inwiefern die Politik bereits operationale Ziele entwickeln müsse. Die Verwaltung erklärt, dass dieser Schritt erst im nächsten Jahr erfolge.
RH Reetz merkt an, dass Vergleichswerte des Vorjahrs nicht vorhanden seien und daher die Beratung dadurch erschwert würde. Die Verwaltung teilt mit, dass die bisherigen Haushaltsstellen nicht identisch mit den Produktkonten seien und teilweise mehrere Haushaltsstellen zu einem Produktkonto zusammengefasst würden. Für identische Produktkonten und Haushaltsstellen werde man versuchen, den vorherigen Ansatz zu übertragen.
RH Rieck äußert, dass Erläuterungen zu Veränderungen fehlen würden. Er würde es begrüßen, wenn jedes Amt Kernaussagen zu den Veränderungen im Vorjahr auf Ebene der bisherigen Gruppierungsübersicht treffen würde.

Tornesch, den 30.10.2013

Vorsitzende(r)	Protokollführer(in)